



Willisauer Bote

Grossauflage

KANTON Bereit für das Öffentlichkeitsprinzip

Als letzter Kanton führt auch Luzern das Öffentlichkeitsprinzip ein. Der Kantonsrat hat eine entsprechende Forderung gutgeheissen.

SEITE 7

HINTERLAND Stimmenfestival stellt vielfältiges Programm vor

Vom 26. bis 29. Mai geht in Ettiswil das Stimmenfestival über die Bühne. James Gruntz, Las Karamba und viele weitere bereichern das Programm.

SEITE 23

WIGGERTAL Den Heuboden zur Bühne gemacht

Kultur (er)leben: Dafür scheint der Roggliswiler «Winkel» prädestiniert zu sein. Der Augenschein in einer aussergewöhnlichen Scheune.

SEITE 25

SPORT Willisauer Fussballer müssen wieder punkten

Nach zuletzt fünf Niederlagen in Serie steht für die 1. Mannschaft des FC Willisau morgen Samstag das wichtige Heimspiel gegen Obergessenstein an.

SEITE 41

willisauerbote.ch - Ihr Link zu ergänzenden Inhalten wie Videos, Fotoalben, Dossiers oder Blogs.

Wenn neuer Wohnraum entsteht

REGION Wer heute im Hinterland ein Einfamilienhaus kaufen will, muss tief in die Tasche greifen: Der mittlere Preis ist seit 2010 um mehr als die Hälfte gestiegen. Trotzdem wird fleissig weitergebaut.

Im letzten Jahrzehnt explodierten in der Schweiz die Immobilienpreise. Das Luzerner Hinterland bildet keine Ausnahme. Der mittlere Preis für ein Einfamilienhaus in Willisau ist seit 2010 um mehr als die Hälfte gestiegen. Eine imposante Preisentwicklung – die jedoch im innerkantonalen Vergleich unter dem Durchschnitt liegt. Das macht eine Studie zum Luzerner Immobilienmarkt deutlich, verfasst vom Immobilienberatungsunternehmen Wüest Partner AG und der LUKB. Die Region Willisau stehe vor einer «guten Ausgangslage», wird bilanziert. Unter dem Strich seien in der Region 1440 neue Wohnungen bis 2029 zu erwarten. Diese werden auch bezogen – sofern sich die Schere zwischen Preis und Kaufkraft nicht mehr weiter öffnet. Beliebte Neuwohnsitze sind Willisau und Schötz. In diesen zwei Gemeinden entsteht so viel Wohnraum wie in keinem anderen Dorf der Region. Dieses Wachstum und sein Tempo bringen auch Herausforderungen mit sich.

SEITEN 13 / 15



Ein Arbeiter der Willisauer Bauunternehmung Stutz AG beim Betonieren im «Stärnematt»-Quartier. Foto Chantal Bossard

LEITARTIKEL

von
Stefan Calivers



Der Wurm war von Anfang an drin: Regierung und Spitalrat traten vor gut einem Jahr mit Informationen zum Neubau des Spitals Wolhusen an die Öffentlichkeit, welche beim Leistungsangebot mehr Fragen auf-

Ein Kompromiss

warfen als beantworteten. Die Folge dieser völlig missratenen Kommunikation: Statt Freude über den endlich in die Gänge kommenden Neubau herrscht in den betroffenen Regionen Entlebung und Hinterland seither grosse Angst vor einem markanten Leistungsabbau. Anpassungen und Korrekturen, namentlich im Bereich der Geburtshilfe, haben keine Beruhigung bewirkt. Im Gegenteil: Die latente Verunsicherung hat sich zu blankem Misstrauen ausgeweitet.

Dass sich die Bevölkerung und ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter für «ihr» Spital wehren, ist verständlich und richtig. Bei allen Emotionen aber sollte die Verhältnismässigkeit gewahrt bleiben: Das Festschreiben von Leistungsangeboten im Gesetz ist keine gute Idee und führt im Fall des Neubaus in Wolhusen erst noch zu erheblichen Verzögerungen. Dass das Angebot künftig vom Kantonsrat genehmigt werden muss hingegen, ist ein vernünftiger Kompromiss, der auch über die betroffenen Regionen hinaus auf Akzeptanz stossen dürfte. Vielleicht nähern sich die beiden Positionen im Rahmen des vom Kantonsrat ebenfalls beschlossenen «Runden Tisches» noch an. Es wäre im Interesse der Sache nur zu wünschen. Denn das Letzte, was das Spital Wolhusen braucht, sind weitere Unsicherheiten und Verzögerungen.

Ausführliche Spital-Debatte

WOLHUSEN Die Zukunft des Spitals Wolhusen hat diese Woche den Luzerner Kantonsrat umgetrieben. Das Parlament entschied sich für mehr Mitsprache beim Leistungsangebot, wie von der SP und der Mitte in einem Postulat gefordert. Es verzichtete aber darauf, dieses im Gesetz festzuschreiben, wie es die SVP verlangte. Sämtliche Parteien unterstützten hingegen einen «runden Tisch», wie er von SP-Kantonsrätin Anja Meier (Willisau) in einem dringlich eingereichten Postulat gefordert wurde. Auch der Verein «Pro Spital Wolhusen» wird sich daran beteiligen.

SEITE 3

Sie kocht in der Landfrauenküche

WILLISAU Heute Abend hat Monika Kurmann-Emmenegger ihren grossen Auftritt in der beliebten Sendung «SRF bi de Lüt – Landfrauenküche». Als zweite Landfrau der 16. Staffel lädt sie ihre Gäste auf ihren Hof in der Rohrmatt ein. Ihr Menü? «Will ich noch nicht sagen – schliesslich folgt die Auflösung heute im Fernsehen.» Für die Landfrauenküche haben die 41-Jährige zwei Kolleginnen angemeldet. Die Aussicht, andere Frauen und Höfe kennenzulernen und «eine Erfahrung fürs Leben» zu machen, hätten sie schlussendlich überzeugt. Die richtige Entscheidung: «Es war eine wunderbare Zeit.»

SEITE 15

Bauprojekt in der Warteschlange

DAGMERSELLEN Wegen zu vieler Unsicherheitsfaktoren hat der Gemeinderat die Weiterbearbeitung des Projekts «Schulraumentwicklung Chilefeld» für mindestens ein Jahr sistiert. Im Frühjahr 2023 soll die Situation neu beurteilt werden. Begründet wird der Marschhalt mit Lieferengpässen bei Baumaterialien wie Holz und Metall und den daraus resultierenden Mehrkosten. Alleine die Bauteuerung schlage derzeit mit rund einer Million Franken zu Buche. Dies bei einem Projekt, welches nach ersten Berechnungen so oder so wesentlich teurer wird als ursprünglich angenommen.

SEITE 29

Das Derby an der Heimrunde

KORBBALL Übermorgen Sonntag sind erstmals seit drei Jahren wieder die besten Frauenteam der Schweiz in Willisau zu sehen. Am 2. Spieltag der Nationalliga-B-Meisterschaft kommt es dabei unter anderem zum mit Spannung erwarteten Hinterländer Derby zwischen den Gastgeberinnen des STV Willisau und ihren Nachbarinnen des SVKT Menznau.

Das OK um Präsidentin Linda Wiprächtiger freut sich auf zahlreiche Zuschauer und erhofft sich von der Nationalliga-Spielrunde beste Werbung für den Korbballsport in Willisau und in der ganzen Region.

SEITE 37



Redaktion/Aboservice Tel. 041 972 60 30, redaktion@willisauerbote.ch, www.willisauerbote.ch, Erscheint Di/Fr, Einzelpreis Fr. 3.20, Inserate Tel. 041 972 60 70, werbung@swsmedien.ch, www.swsmedien.ch



ROLF
BENZ
OUTDOOR

Rolf Benz | Yoko
draussen
zuhausse



möbelberger
IHR NESTBAUER & INNENEINRICHTER

Heinz Berger AG
Bifang 2
4665 Oftringen

T 062 788 70 40
info@moebel-berger.ch
www.moebel-berger.ch



Dem Kantonsrat wird künftig das Leistungsangebot des Spitals Wolhusen vorgelegt und er kann darüber befinden. Foto Keystone

Kantonsrat redet beim Angebot künftig mit

SPITALPLANUNG Die Zukunft des Spitals Wolhusen hat am zweiten Sessionstag zu rekordhohen 29 Voten geführt. Resultat der über zweistündigen Debatte: Das Parlament erhält künftig mehr Mitsprache beim Leistungsangebot. Eine fixe Verankerung des Angebots im Spitalgesetz lehnte der Kantonsrat ab.

von **Stephan Weber**

Mit 13 dringlichen Vorstössen hatten sich die Kantonsräte in der Mai-Session zu befassen. Deren fünf, von Politikern der Grünen, SVP, GLP, Mitte und SP eingereicht, drehten sich um die Zukunft des Spitals Wolhusen. Dieses soll bekanntlich für 110 Millionen Franken neu gebaut werden. Eine dringlich eingereichte Motion von SP- und Mitte-Politikern forderte die Regierung auf, dem Parlament eine Änderung des Spitalgesetzes vorzulegen. Demnach müssten Leistungsaufträge an die LUKS-Gruppe (Luzern, Montana, Sursee und Wolhusen) künftig dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Damit erhalte der Kantonsrat ein «starkes Mittel zur Einflussnahme». Das «schaffe Verbindlichkeit» und bringe «mehr Sicherheit für Bevölkerung und Spitalpersonal», war in der Motion zu lesen.

«Vertrauen ist verloren gegangen» «Das Parlament muss das Heft in die Hand nehmen», sagte Marcel Budmiger (SP, Luzern) in der Debatte am zweiten Sessionstag. «Der Kantonsrat soll das letzte Wort haben, wenn Leistungen ab- oder ausgebaut werden.» Das Vertrauen in die Regierung sei verloren gegangen. «Jetzt liegt es am Parlament, den Scherbenhaufen zusammenzukehren und das Vertrauen wieder herzustellen.» Vom fehlenden Vertrauen sprach auch Helen Schurtenberger (FDP, Menznau). Dieses sei nicht mehr vorhanden. Die gemeinsame Motion von SP und Mitte sei der richtige Weg, um

das Vertrauen bei der Bevölkerung und beim Spitalpersonal auf die Dauer wieder herzustellen. «Gesetze kann man in relativ kurzer Zeit erstellen, wenn der Wille da ist», sagte die Kantonsrätin. Adrian Nussbaum (Mitte, Hochdorf) sagte, eines der Ziele der gemeinsamen Motion von SP und Mitte sei es, «ein klares Zeichen für die Gesundheitsversorgung zu setzen – in allen Regionen im Kanton Luzern». Das sei wichtig für die Luzerner Bevölkerung. «Wir wollen ein Spital in Wolhusen, das diesen Namen

«Das Vertrauen in die Regierung ist nicht mehr verhanden.»

Helen Schurtenberger FDP, Menznau

auch verdient.» Auch Pius Kaufmann (Mitte, Wiggen), Guido Roos (Mitte, Wolhusen) oder Vroni Thalmann (SVP, Flüfli) sprachen von Vertrauensverlust. Letztere hielt fest: «Retten wir mit einem runden Tisch, was noch zu retten ist». Diesen «runden Tisch» mit sämtlichen Akteuren hatte SP-Kantonsrätin Anja Meier (Willisau) in einem dringlich eingereichten Postulat gefordert. Ihr Vorhaben hatten sämtliche Parteien in der vorangegangenen Debatte unterstützt und einstimmig überwiesen.

GLP lehnte beide Motionen ab Gegen mehr Mitsprache beim Spitalangebot sprachen sich die Politikerinnen und Politiker der Grünliberalen aus. Claudia Huser (Luzern) warnte vor einer «Verpolitisierung der Angebotsplanung», die Politik bringe manchmal nicht die fachlich richtigen Lösungen hervor. Ihre Parteikollegin Riccarda Schaller (Malters) argumentierte ähnlich und sagte, die Gesundheitsversorgung entwickle sich regional, aktuelle Leistungen solle man nicht im Spitalgesetz festschreiben. «Das Ge-

sundheitswesen entwickelt sich extrem schnell».

Letztlich überwies das Parlament die Motion von SP und Mitte mit 80 zu 32 Stimmen vollständig.

Abtraktandierung abgelehnt

Keine Chance hatte im Rat die kurzfristig und überraschend eingereichte Forderung der SVP, die Behandlung rund um die Spitalpläne abzutraktandieren und in die Juni-Session zu verschieben. Die dringlich eingereichten Motionen

«Retten wir an einem runden Tisch, was noch zu retten ist.»

Vroni Thalmann SVP, Flüfli

würden Schwächen aufweisen, sagte Armin Hartmann (SVP, Schlierbach). Bei der Motion von SP und Mitte drohe die Gefahr eines Leistungsabbaus, die Motion von Bernhard Steiner könne eine Volksabstimmung nach sich ziehen, es würden Verzögerungen drohen. «Verzichten wir auf Parteipolitik, schieben wir die Beratung auf, sagte er. «Innert vier Wochen können wir Lösungen finden, hinter der alle Fraktionen, die Regierung und das Spital stehen.» Von einer Abtraktandierung wollten die anderen Parteien nichts wissen. Die Diskussion sei jetzt wichtig, sagte Korinthia Bärtschi (Grüne, Luzern). Das Parlament wolle im Grundsatz das Gleiche. Und Claudia Huser (GLP, Luzern) hielt fest, die Motionen würden «nicht besser, wenn man sie verschiebt». Das bringe nur Unruhe beim Spitalpersonal. Eine klare Mehrheit im Ratsaal sah es ähnlich und schmetterte den Ordnungsantrag mit 95 zu 17 Stimmen ab.

Sollen die Leistungen der Grundversorgung im Spitalgesetz festgeschrieben werden? Darum ging es bei der Motion von Bernhard Steiner (SVP,

Entlebuch). Der Arzt hatte diesen Vorstoss bereits vor einem Jahr eingereicht. Darin verlangte er, dass für die beiden Spitalstandorte Sursee und Wolhusen die Angebote Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe und Gynäkologie, Anästhesie, Intensivmedizin und ein interdisziplinärer Notfall mit 24-Stunden Bereitschaft im Gesetz verankert wird.

Dieses Ansinnen von Bernhard Steiner wurde zwar vom Kantonsrat mit 91 zu 22 Stimmen überwiesen, allerdings

«Wir hätten einiges auch besser machen können.»

Guido Graf Gesundheitsdirektor

nur teilweise. Auch der Regierungsrat sprach sich im Vorfeld der Debatte dagegen aus, das in der Motion umschriebene Leistungsangebot im Gesundheitsgesetz festzuschreiben. Das sei weder «sinnvoll», noch «zielführend».

Bei der finalen Abstimmung – also ob die Steiner-Motion teilweise oder voll erheblich erklärt werden soll – herrschte nicht bei allen Parteien Einigkeit. Einer Meinung war man sich bei der SVP, welche den Vorstoss geschlossen unterstützte. Ohne Gegenstimme waren Grüne und GLP für die teilweise Überweisung. Hingegen waren bei der FDP und der Mitte die Meinungen nicht kohärent. Zur Minderheit seiner Fraktion gehörte etwa André Marti, Willisauer Stadtpräsident, der für eine volle Erheblicherklärung weibelte. Die Motion von Bernhard Steiner hätte es nicht gebraucht, wenn die Regierung und der Spitalrat umgesetzt hätten, was im Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung stehe, sagte er. Aus diesem Grund erachte er die Motion als geeignetes Instrument, um endlich Klarheit zu schaffen. «Die Verankerung

im Gesetz ist nicht exotisch, das machen auch andere Kantone.» So könne der Kantonsrat das Heft wieder in die Hand nehmen und den Service Public bei der Gesundheitsversorgung definieren. Als Minderheit ihrer Fraktion unterstützten auch Philipp Bucher (FDP, Dagmersellen), Helen Schurtenberger (FDP, Menznau), Peter Fässler (SP, Luzern), Anja Meier (SP, Willisau), Sara Muff (SP, Sursee), Pius Kaufmann (Mitte, Wiggen), Hans Lipp (Mitte, Flüfli), Urs Marti (Mitte, Zell), Ludwig Peyer (Mitte, Willisau), Daniel Piazza (Mitte, Malters), Guido Roos (Mitte, Wolhusen), Stephan Schärli (Mitte, Menzberg), Gabriela Schnider-Schnider (Mitte, Schüpfheim) und Peter Zurkirchen (Mitte, Schwarzenberg) den Vorstoss von Bernhard Steiner vollumfänglich.

Die Mehrheit des Parlaments wollte allerdings nicht, dass die Leistungen im Spitalgesetz festgeschrieben werden. Maurus Zeier (FDP, Luzern) sagte, man könne den Expertinnen und Experten des Spitals vertrauen. «Sie wissen, wo und wann wir Luzernerinnen und Luzerner welches Angebot benötigen.»

Selbstkritisch

In der Debatte zum Spital Wolhusen waren nicht nur die Wortmeldungen zahlreich und teils etwas gar lang, auch Gesundheitsdirektor Guido Graf äusserte sich ausführlich. Er räumte ein, dass die Regierung einiges auch hätte besser machen können. Um das «angeschlagene Vertrauen» zurückzugewinnen, sei die Regierung bereit, dem Kantonsrat beim Leistungsangebot Mitsprache zu gewähren. Das Leistungsangebot solle jedoch nicht im Gesetz festgeschrieben werden. Denn: Sobald man dies tue, führe das zu gebundenen Ausgaben und in diesem Fall zu einer Volksabstimmung. «Wir stünden vor einem Scherbenhaufen und müssten den Baubeginn verschieben», sagte Graf. Aber Mitarbeitende und Bevölkerung hätten es verdient, endlich Klarheit zu erhalten. «Wir brauchen das Spital jetzt und möchten jetzt bauen», sagte der Pfaffenauer.